

Informationen und Gedanken zur aktuellen Krise im Erzbistum Köln

Wer die Medien in den letzten Monaten verfolgt, kommt nicht daran vorbei, dass unser Erzbistum Köln in einer anhaltenden dramatischen Krise steckt. Die Berichte und Kommentare, ob in der Rheinischen Post, dem Kölner Stadtanzeiger, der Frankfurter Allgemeinen, der Süddeutschen Zeitung, dem Spiegel, der Zeit oder auch in ARD und ZDF, Deutschlandfunk, NTV, u.a. reißen nicht ab. Es handelt sich allerdings nicht um eine Medienkampagne, einen Angriff von außen. Denn auch eine deutliche Zahl von Gemeinden, Gremien, Pfarrern und anderen Seelsorgerinnen und Seelsorgern melden sich deutlich zu Wort mit Stellungnahmen, bis hin zu Rücktrittsforderungen, die den Erzbischof und seine Berater für das Entstehen und das schlechte Management einer beispiellosen Vertrauenskrise in unserem Bistum verantwortlich machen, die offenbar auch einen sprunghaften Anstieg der Kirchenaustrittszahlen verursachen wird.

Was ist da los? Ich möchte Ihnen einige Ereignisse und Hintergründe der Krise in unserem Erzbistum darstellen, wie ich sie erlebe. Denn Vieles dürfte nur Insidern bekannt sein. Außerdem meine ich, dass Sie auch meine Haltung als Pfarrer zu den aktuellen Vorgängen kennen sollten.

Im letzten Moment abgeblasen: die Veröffentlichung des Münchener Gutachtens

Ausgangspunkt ist für mich eine Sitzung des Priesterrates im März 2020. Dort informierte uns der Erzbischof über seine Entscheidung, die für den übernächsten Tag angekündigte Veröffentlichung des Münchener Gutachtens zum Umgang mit Missbrauchstaten und -tätern im Erzbistum Köln zu verschieben; es müssten erst bestimmte äußerungsrechtliche Probleme behoben werden. Das löste deutliche Kritik, ja Protest bei uns aus. Auf mehrfaches Nachfragen stellte sich heraus, dass diese Verschiebung auf den Widerstand mehrerer (teils ehemaliger) Führungskräfte des Erzbistums zurückging, die sich mit juristischem Beistand gegen die Veröffentlichung wehrten. Der Erzbischof selbst folgte deren Bedenken, die er, nach seinen Worten, offenbar aufgrund eigener Erfahrungen mit den Münchener Anwälten nachvollziehen konnte.

Im Priesterrat haben wir mit einer Reihe von Kollegen vor der Verschiebung der Veröffentlichung gewarnt; sie könnte vor dem Hintergrund der durch den Erzbischof selbst geweckten hohen Erwartungen der Öffentlichkeit nicht vermittelt werden. Es war schon damals die Rede von einem „Super-GAU“. Allen war klar,

dass die Veröffentlichung aber auf jeden Fall und zeitnah, spätestens im Herbst, nachgeholt werden müsste.

Pastoraler Zukunftsweg: Wer geht mit?

Zu dieser Zeit lief im Erzbistum Köln schon seit 2016 der „Pastorale Zukunftsweg“, von dem die (Gottesdienst-)Gemeinden, zunächst eher vage, durch Hirtenbriefe des Erzbischofs, erfuhren, dann allmählich auch eine breitere Bistumsöffentlichkeit durch eine Internet-Umfrage und drei Regionalforen mit insgesamt etwa 1300 Teilnehmenden (und anschließender Berichterstattung in kirchlichen und anderen Medien).

In dieser Phase stand als Ziel des Pastoralen Zukunftsweges ein geistlicher Aufbruch im ganzen Erzbistum Köln auf allen seinen Ebenen im Vordergrund. Doch in den letzten beiden Jahren setzte sich immer mehr der Eindruck durch, dass es hier nicht um eine spirituelle Erneuerung an sich geht, die der neue Erzbischof mitgebracht hatte, sondern vor allem darum, das Bistum bis 2030 durch große Umstrukturierungen fit zu machen für deutlich sinkenden Mitgliederzahlen, Priesterzahlen und Kirchensteuereinnahmen.

So oder so, erreichte der Pastorale Zukunftsweg bis letztes Jahr weder die Breite des Bistums, noch fand er wirklich das Interesse vieler Gemeindemitglieder. Es wurde auch nicht wirklich bekannt, welche Pläne es für die anstehenden Veränderungen bereits gab. Und auch unter Insidern blieb unklar, wie, von wem oder aus welchen Gründen wichtige Entscheidungen zustande kamen. Und für eine echte Mitwirkung der kirchlichen Basis gab es keine Formate, Strukturen oder Regeln. Alternativen zur Abstimmung oder mindestens zur Beratung wurden weder allen noch von ihnen benannten Vertretern vorgelegt. Der eigentliche Prozess des Pastoralen Zukunftsweges fand, wie sich immer deutlicher zeigte, in einer Vielzahl von Arbeitsgruppen statt, die vom Generalvikar bzw. einem Lenkungsteam beauftragt wurden, einzelne Aspekte der Umgestaltung des Bistums zu bearbeiten. Weder die Kriterien für die Besetzung dieser Arbeitsgruppen (meist Hauptamtliche aus dem Generalvikariat oder der Seelsorge), noch ihre Arbeitsaufträge oder die auf höherer Ebene getroffenen Richtungsentscheidungen wurden offengelegt.

Ich selber habe mehrfach erlebt, dass bei einer Pfarrerkonferenz beiläufig oder erst auf Nachfrage wichtige Weichenstellungen bekannt wurden, die andernorts entschieden und uns dann als alternativlos präsentiert wurden (wie z.B. die geplante Übergabe aller pfarrlichen Kindergärten an eine zentrale Trägergesellschaft oder die vorgesehene Bildung von großen pastoralen Räumen durch die angeordnete Fusion aller bisher noch selbständigen Pfarreien).

In der Öffentlichkeitsarbeit des Pastoralen Zukunftsweges wurde dagegen der Eindruck vermittelt, als wären Tausende am Prozess beteiligt. Dazu wurden z.B. alle gezählt, die an der Internet-Umfrage oder einem Regionalforum teilgenommen hatten – ohne dass dabei eine konkrete Mitwirkung an Entscheidungen möglich

war oder auch nur klar wurde, was mit Voten zu bestimmten Themen dann weiter geschehen würde.

Deutsche Bistümer auf dem synodalen Weg – mit angezogener Bremse?

Parallel zum Kölner Zukunftsweg findet ein weiterer Gesprächsprozess statt: der Synodale Weg der Katholischen Kirche Deutschlands. Die in der öffentlichen Wahrnehmung dominierenden Schlagworte „Macht, Zölibat, Sexualmoral und Rolle der Frau“ markieren eine Konfliktlinie zwischen katholischer Tradition und dem Lebensgefühl vieler moderner Zeitgenossen (bei uns), die noch Brisanz gewinnt durch die sich in allen Teilen der Weltkirche zeigenden unfassbaren Dimensionen des sexuellen Missbrauchs durch Kleriker.

Viele Gemeindemitglieder haben derzeit den Eindruck, dass der Kölner Erzbischof und die Weihbischöfe dem Synodalen Weg mit großen Vorbehalten gegenüberstehen und sich unter den deutschen Bischöfen als Hüter der katholischen Tradition und Lehre profilieren, indem sie besonders deutlich gegen Veränderungen eintreten, die in ihren Augen „zu evangelisch“ sind. Von einer Reihe anderer Bischöfe hört man wesentlich offenere Töne.

Und tatsächlich macht auch der Ton hier die Musik. So erkläre ich mir das Ergebnis einer Gottesdienst-Umfrage, die im Verlauf des Pastoralen Zukunftsweges in unseren Kirchen stattfand und eine auffallende Diskrepanz zeigte zwischen dem weithin positiven Gefühl der Beheimatung in der eigenen Pfarrei und dem fehlenden Gefühl, im Erzbistum Köln gut aufgehoben zu sein.

Meine Frage an jeden Bischof (wie sie auch für jeden Pastor gilt) lautet: Ist er ein Pontifex, ein Brückenbauer, ein Friedensstifter, der sich nicht nur als Hüter der wahren kirchlichen Lehre sieht, sondern ebenso auch als „Hirte“, und damit auch als Hüter, Vertreter und Sprecher aller Mitglieder seiner Gemeinde mit all ihren Anliegen und Überzeugungen – zumal jeder historisch Interessierte um die erstaunliche Flexibilität der Kirche im Laufe der Geschichte weiß, selbst bei mit letztverbindlicher Autorität vorgetragenen Lehren.

Oder ist er ein Bischof, der durch überscharfe Positionierung die Polarisierung und Spaltung in seinem Bistum befördert?

Statement zum Pastoralen Zukunftsweg. Unser Pfarrgemeinderat schert aus

Mit dem Synodalen Weg im Hintergrund, sollte nun der Pastorale Zukunftsweg im Jahr 2020, nach fast fünf Jahren, auf die Zielgerade gehen.

Im April waren im ganzen Bistum „Seelsorgebereichsforen“ geplant: dreistündige Abendveranstaltungen, in deren erster Hälfte ein Video mit der Zielskizze für 2030 präsentiert werden sollte, zu dem in der zweiten Hälfte dann Fragen und ein Feedback möglich wären. Wegen Corona wurden diese Seelsorgebereichsforen aber von April auf September 2020 verschoben.

Den Vorabinformationen konnte man entnehmen, dass es vor allem um die Präsentation der „Pfarrei der Zukunft“ gehen sollte. Das betraf zwar unmittelbar unsere eigene Zukunft als Gemeinden, aber dennoch schien das geplante Format der Seelsorgebereichsforen keinen Raum mehr für eine wirkliche Diskussion über diese „Pfarrei der Zukunft“ zu geben. Deren konkrete Gestalt war bis hinein in Details schon festgeschrieben, so dass für uns nur die Entgegennahme eines fertigen Konzepts (mit einigen kleineren Nachfragen) möglich wäre. Ohne echte Mitwirkungsmöglichkeit machte die Teilnahme an einem Seelsorgebereichsforum für uns aber wenig Sinn.

Stattdessen haben wir deshalb darum gebeten, die für die Seelsorgebereichsforen vorgesehene Präsentation und weitere Informationen dazu in schriftlicher Form zu erhalten, damit wir uns, ohne den Zeitdruck einer eng getakteten Abendveranstaltung, sorgfältig damit befassen könnten. Unsere Überlegungen sollten dann in eine ausführliche Stellungnahme einfließen, die wir erarbeiten und dem Generalvikar schicken wollten.

Der Generalvikar hat diesem Vorschlag zugestimmt, und so entstand ein ausführliches Statement unseres Pfarrgemeinderates. Hier finden Sie den [Link](#).

Im Nachhinein zeigte sich, dass wir mit unserer Einschätzung und unserem Vorgehen richtiglagen, denn die sonst fast überall durchgeführten Seelsorgebereichsforen wurden zumeist als misslungen erlebt.

„Pfarrei der Zukunft“ – wirklich alternativlos?

Worum ging es uns inhaltlich, neben dem Defizit an echten Beteiligungsmöglichkeiten auf dem bisherigen pastoralen Zukunftsweg?

Einerseits vermissten wir in den Zukunftsplanungen des Erzbistums eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Gründen für den starken Schrumpfungsprozess, in dem wir uns als Kirche in unserer Gesellschaft gerade befinden. Andererseits kam der pastorale Zukunftsweg als kompletter geistlich pastoraler Neustart daher, ohne in irgendeiner Weise die vielfältigen kreativen und innovativen geistlich-pastoralen Ansätze vieler (auch unserer) Gemeinden in den letzten Jahren positiv zu würdigen und aufzugreifen.

Konkret entzündete sich unsere Kritik an der Vorgabe, die zukünftigen, im Durchschnitt dreimal so großen pastoralen Räume wie heute („Sendungsräume“) im ganzen Bistum einheitlich durch Auflösung und Fusion aller bisher rechtlich selbständigen Pfarreien zu bilden: Alle im Erzbistum noch bestehenden ca. 500 selbständigen Pfarreien in 180 Seelsorgebereichen sollten bis 2030 verbindlich aufgelöst und zu 50 bis 60 Großpfarreien fusioniert werden (in Düsseldorf wären das etwa 5 Pfarreien anstelle der jetzigen 15 Seelsorgebereiche mit teils mehreren Pfarreien) – und zwar unabhängig davon, ob Pfarreien noch lebendig, welche Gemeindegremien noch arbeitsfähig und wie viele Menschen mit Herzblut, Überzeugung und Freude darin noch engagiert sind.

Eine solche von oben angeordnete Aufhebung aller Pfarreien, mit all dem vielfältigen Engagement und den verantwortlichen Gremien darin, egal wie lebendig, egal ob Jahrhunderte alt und traditionell geprägt oder erst in den letzten Jahren aus mehreren früheren Pfarreien zu einer Pfarrei zusammengewachsen, egal ob sie pastoral innovativ und kreativ unterwegs sind, empfanden wir als unangemessen, ja destruktiv.

Unsere Stellungnahme mit konkreten Bedenken und Vorschlägen zu diesem Punkt und einer begründeten grundsätzlichen Kritik an dem bisherigen Verlauf des pastoralen Zukunftsweges verbreitete sich sehr schnell und fand starke Beachtung im ganzen Bistum. In vielen Gemeinden entstanden weitere, teils ähnliche Stellungnahmen, Schreiben, und Petitionen.

Auf den letzten Metern: Unterbrechung des Pastoralen Zukunftsweges

Mit solchen kritischen Bedenken im Gepäck, aber auch bestärkt durch eine Reihe von Pfarrerkollegen, die eine Aufhebung noch sehr lebendiger Pfarreien ebenfalls kritisch sehen, haben wir in einer Priesterratssitzung im November 2020 starke Bedenken gegen das Modell „Pfarrei der Zukunft“ vorgetragen.

Im Anschluss an die Sitzung wollten wir die Idee einer möglichen Alternative zu diesem Modell weiterverfolgen und haben mit einigen Pfarrern einen Brief an den Erzbischof formuliert, in dem wir uns anboten, eine solche Alternative auszuarbeiten. Der Generalvikar, offenbar aufgrund der massiven Kritik im Priesterrat, kam uns buchstäblich um Minuten zuvor und installierte seinerseits eine Arbeitsgruppe, die eine solche Alternative beschreiben und auf ihre Realisierbarkeit hin prüfen sollte. In dieser zwölfköpfigen Gruppe (davon fünf Pfarrer) unter Leitung von Weihbischof Ansgar Puff haben wir im Dezember und Januar eine Reihe von Zoom-Konferenzen gehabt und Grundzüge eines alternativen Modells entwickelt.

Es kommt zwar, vor allem aufgrund der 2030 halbierten Zahl an Priestern (und anderen Seelsorgerinnen und Seelsorgern), ebenfalls nicht an der Vorgabe vorbei, im ganzen Bistum 50 bis 60 „Sendungsräume“ zu bilden. Doch eröffnet es die Möglichkeit, diese nicht überall und ausschließlich durch Fusionen zu einer einzigen Pfarrei zu bilden – mit jeweils nur einer zentralen Pfarrkirche, einem Kirchenvorstand, einem Pfarrgemeinderat und in den Gemeinden vor Ort mit „Gemeindefteams“, die sich allerdings erst finden müssten, um sich um das Gemeindeleben und die Koordinierung Betreuung der Gottesdienste Veranstaltungen, Gruppen, Gebäude usw. vor Ort zu kümmern.

Vielmehr soll sich ein Sendungsraum auch als Kirchengemeindeverband aus mehreren weiter bestehenden Pfarreien organisieren können, für die weiterhin Ehrenamtliche in den bewährten Kirchengemeinden und PGR-Gemeindefausschüssen vor Ort die Verantwortung tragen. Die Satzung für einen solchen Kirchengemeindeverband aus mehreren Pfarreien würde dabei in Zukunft, anders als heute, vorsehen (müssen), dass Themen, die nur gemeinsam zu entscheiden sind, nicht aufgrund von Eigeninteressen durch einzelne Pfarreien blockiert werden können.

Auch wird es einen Verrechnungsmechanismus zwischen finanziell ärmeren und reicheren Kirchengemeinden bei der Zuweisung von Kirchensteuermitteln für die Pastoral geben müssen.

Aber warum sollte man dafür den vielen immer noch hoch motivierten Ehrenamtlichen in verantwortlichen Pfarreigremien durch die Auflösung aller Pfarreien ihre Aufgaben nehmen, und sie alle durch ein einziges zentrales Gremium ersetzen müssen, das sich dann um 10 bis 20 Kirchtürme und Gemeinden zu kümmern hätte? Wer hätte, neben Familie und Beruf, Möglichkeit und Zeit dafür und möchte sein bisheriges Engagement für Gemeinde(n), die man erreichen, überschauen und deren Mitglieder man kennen kann, übertragen auf ein Gebiet mit zu großen Entfernungen, zu vielen Kirchen, zu vielen unbekanntem Menschen, um sich auch nur auszukennen? Denn dafür werden die meisten zukünftigen Sendungsräume einfach zu groß sein. Und wer sollte sich dann andererseits als „Kümmerer“ vor Ort bereitfinden, nachdem man den dafür jetzt noch verantwortlichen pfarrlichen Gremien erst ihre Aufgaben entzogen hat?

Warum wird erst so (zu) spät auf die Basis gehört?

Wir haben in der Arbeitsgruppe mit großer Mehrheit für die Möglichkeit einer solchen Alternative votiert – gegen starke Vorbehalte der Bistumsverwaltung. Aus Sicht der Verwaltung könne nur eine im ganzen Bistum einheitliche Struktur der 50 bis 60 großen Sendungsräume, eben in Gestalt von 50 bis 60 fusionierten Pfarreien, die bis 2030 notwendigen personellen und finanziellen Einspareffekte bewirken. Aus unserer pastoralen Sicht haben wir dagegen auf den hohen Preis hingewiesen, der durch den Verlust an ehrenamtlicher Mitarbeit bei einem Modell entsteht, das keine breite Akzeptanz findet.

Die Bistumsleitung hat Mitte Januar nach ausführlicher Diskussion über unseren Vorschlag entschieden, den Pastoralen Zukunftsweg abzubremsen und unseren Alternativvorschlag mit dem ursprünglich geplanten Einheitsmodell „Pfarrei der Zukunft“ und dem heutigen Modell (im Bistum Seelsorgebereiche als fusionierte Pfarreien und parallel dazu auch als Kirchengemeindeverbände mehrerer Einzelpfarreien) genauer zu vergleichen. Danach soll im Juni, nicht, wie erst vorgesehen, Ende Januar der Diözesanpastoralrat darüber beraten. Wir Pfarrer haben vorgeschlagen, dass über die Frage der möglichen Alternative(n) zur „Pfarrei der Zukunft“ noch breiter als nur im Diözesanpastoralrat beraten werden sollte.

Ich bin, alles in allem, guter Hoffnung, dass unser Vorschlag irgendwann ab der zweiten Jahreshälfte als eine Alternative in das Zielbild des Pastoralen Zukunftsweges für 2030 aufgenommen wird.

Es bleibt allerdings die Frage, warum es fünf Jahre gebraucht hat, bis die aus vielen Gemeinden immer deutlicheren Bedenken gegen einen Pastoralen Zukunftsweg ohne echte Beteiligungsmöglichkeit der Hauptbetroffenen, nämlich der Mitglieder und der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter der Gemeinden, sich erst jetzt in der Schlussphase (dafür aber mit der Frage der Zukunft der Pfarreien an einer

entscheidenden Stelle) Gehör verschaffen konnten. Zahlreiche (in Eigeninitiative entwickelte) Eingaben aus Gemeinden, die uns in der Arbeitsgruppe erreichten, zeugen davon, welches Potential man verschenkt hat, indem man den Pastoralen Zukunftsweg vor allem in „Fokusteams“ hinter verschlossenen Türen entwickelte.

Missbrauchsaufarbeitung: Warten auf Gutachten – und dann?

Ein Treiber dieser Unterbrechung des Pastoralen Zukunftsweges war natürlich die sich immer mehr zuspitzende Krise der Missbrauchsaufarbeitung im Erzbistum Köln. Ohne eine Alternative zuzulassen, das spürten alle in der Arbeitsgruppe deutlich, wird der Pastorale Zukunftsweg bei der derzeitigen Stimmung keine Akzeptanz finden und der Bistumsleitung „um die Ohren fliegen“. Mehrere Mitglieder rechneten angesichts der Krise sogar überhaupt nicht damit, dass in den Wochen vor und nach dem 18. März, an dem das nun zweite in Auftrag gegebene Gutachten zur Vertuschung von Missbrauchstaten veröffentlicht werden soll, überhaupt über den Pastoralen Zukunftsweg beraten werden könnte.

Aus der im März 2020 getroffenen Entscheidung, die Veröffentlichung des Münchner Gutachtens zu verschieben, war im Herbst 2020 die einen Sturm der Entrüstung hervorrufende Entscheidung geworden, es überhaupt nicht zu veröffentlichen, sondern durch eine andere Anwaltskanzlei ein neues Gutachten zum Umgang mit Missbrauchstätern im Erzbistum erstellen zu lassen. Die Begründung, der Viele nicht mehr trauten: schwere methodische Mängel des Münchner Gutachtens. Alle Versuche, den ungebrochenen Aufklärungswillen über Vertuschungen sexuellen Missbrauchs zu bekunden, drangen in der Öffentlichkeit der Gemeinden und darüber hinaus nicht mehr durch. Zu wenig waren die behaupteten Mängel des Gutachtens überprüfbar, vermisste man die Möglichkeit der anderen Seite, sich dazu zu äußern. Zu schwer wog der Verdacht gegen Kardinal Woelki, den Fall eines Missbrauchsverdachts gegen einen Düsseldorfer Pfarrer, dem er seit langen Jahren persönlich verbunden war, pflichtwidrig nicht nach Rom gemeldet zu haben. Die Welle der Empörung, die in den Medien bundesweit anhält, aber vor allem auch den innersten Kreis der Gemeinden des Erzbistums erreicht hat, hält seit Dezember ungebrochen an. Es zeichnen sich Rekordzahlen von Kirchenaustritten ab. Von innen und außen werden klare personelle Konsequenzen unmittelbar nach der, diesmal hoffentlich nicht aufzuhaltenden, Veröffentlichung des neuen (und dann endlich auch des ersten) Gutachtens gefordert, teilweise auch der Rücktritt des Erzbischofs.

Am Ende kristallisiert sich, unabhängig von der bizarr wirkenden Juristenschlacht, als bedrückende Frage hieraus: Wie kann es sein, dass überhaupt juristische Gutachten notwendig sind, damit sich die doch allgemein bekannten Verantwortlichen des Erzbistums zu ihrer Verantwortung für „unverzeihbare Fehler“ der Bistumsleitung in den letzten Jahrzehnten (so Weihbischof Puff an Weihnachten) bekennen?

Es geht um einen verdeckenden, vertuschenden und zu nachsichtigen, ja beschützenden Umgang mit den Tätern und ein unsensibles, ja uninteressiertes Verhalten

gegenüber den Opfern und ihrem Leid. Gemeinden und Opfer warten darauf, dass die Verantwortlichen dafür Verantwortung übernehmen, noch bevor einzelne Schuld nachgewiesen wird, und für Versagen, auch wo es nicht juristisch zu fassen ist, wohl aber moralisch.

Hätten die beteiligten Bischöfe, Generalvikare, Personalchefs, Kirchenjuristen des Erzbistums deutlich vor der Veröffentlichung eines Gutachtens oder eines Spruchs aus Rom „politische Verantwortung“ für Schuld und Versagen übernommen und dies durch eine starke Geste beglaubigt, könnte bereits wieder Frieden im Bistum herrschen. So droht ein langes, zähes Rückzugsgefecht.

Große Sorgen und eine feste Hoffnung – hoffentlich!

Das alles kommt zusammen in einem Jahr, das uns im Herbst Wahlen zu Pfarrgemeinderat und Kirchenvorständen bringt – in einer Corona-Krise, die uns als Gemeinden in eine Art Untergrund drängt, trotz aller digitalen Möglichkeiten – zu Beginn einer herausfordernden Umgestaltung des Gemeindelebens, die große Kraft, Kreativität und eine positive Stimmung erfordern wird!

Sie können sich vorstellen, welche Sorgen es mir macht, wenn ich auch bei sehr engagierten Gemeindemitgliedern viel Frustration und Empörung wahrnehme, bis hin zu Überlegungen, aus der Kirche auszutreten.

Ich kann für mich nur sagen: Es wäre eine Katastrophe, wenn gewissermaßen „die Falschen“ gehen und eine Kirchenleitung bliebe, die sich dann noch bestärkt sähe im „Weiter so“.

Selten habe ich so sehr empfunden, wie wichtig ein spirituelles Fundament ist, das tiefer gründet und wirksamer trägt als die jeweilige konkrete Führung der Kirche (natürlich auch: der Gemeinde). Selten war wichtiger, sich nicht um das Bodenpersonal zu versammeln, sondern um Christus – damit uns diese Krise nicht herunterzieht. Und damit wir froh bleiben und so die Frohe Botschaft bekennen können, wo immer uns Menschen erleben oder danach fragen.

Pastor Ansgar Steinke